

Markus V. Höhne

Herrschaft und Ordnung jenseits des Staates in Somalia*

Keywords: State-collapse, state-building, peace-building, interventions, hybrid political orders, Somalia, Somaliland, Puntland

Schlagwörter: Staatszerfall, Staatsbildung, Friedensbildung, Interventionen, hybride politische Ordnungen, Somalia, Somaliland, Puntland

Somalia ist in der Meinung vieler Autoren das prägnanteste Beispiel von Staatszerfall in der jüngeren Geschichte (Langford 1999: 61; Menkhaus 2007a: 68). Seit mehr als 20 Jahren (seit Januar 1991) gibt es in dem Land am Horn von Afrika keine effektive Zentralgewalt mehr. Seither wird Somalia mit Schlagworten wie Staatszerfall, Bürgerkrieg, Anarchie, Kriegsherrenwesen, Hungerkatastrophe, gescheiterte internationale Intervention (s. auch den Film *Black Hawk Down*) und in jüngerer Zeit, mit militantem Islamismus, islamischem Terrorismus und Piraterie verbunden.¹ Der allgemeine Tenor von Seiten der deutschen und internationalen Politik ist meist, dass Somalia „zu kompliziert“ ist und man keinen Weg für eine effektive Lösung der Krise erkennen kann.² Wenn überhaupt, werden kurzfristige militärische oder, wie angesichts der Hungerkrise 2011, *ad hoc* humanitäre Maßnahmen implementiert. Dies kann jedoch nicht aus der Krise führen.

Um den „Somalia-Pessimismus“ zu überwinden und die Lage im Land besser zu verstehen, gilt es zu untersuchen, welche politischen Strukturen und Institutionen in der Abwesenheit des Staates Recht und Ordnung auf lokaler und regionaler Ebene aufrechterhalten und wirtschaftliche und soziale Entwicklungen steuern.³ Ken Menkhaus (2006/2007) verwendete in

* Den anonymen Gutachtern von der *PERIPHERIE*, sowie Franziska Müller und Thomas Zitelmann sei für kritische Kommentare und Anregungen gedankt. Das Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle/Saale stellt mir seit Jahren die intellektuellen und ökonomischen Ressourcen für meine Arbeit zur Verfügung.

1 Eine Kritik dieser sehr eingeschränkten Sichtweise bietet Marchal (2007a).

2 Hier beziehe ich mich auf verschiedene Treffen zu Somalia, die zwischen 2005 und 2011 in Berlin, Brüssel und Paris stattgefunden haben und an denen ich, neben anderen Somaliaexperten und deutschen bzw. internationalen Diplomaten, teilgenommen habe.

3 Mary Harper hat diesbezüglich jüngst einen sehr guten Überblick in Englisch vorgelegt (Harper 2012).

diesem Zusammenhang den Ausdruck „governance without government“ (Governanz [Regelung sozialer, politischer und wirtschaftlicher Prozesse] ohne Regierung). In der politikwissenschaftlichen Diskussion Anfang der 1990er Jahre bezog sich „governance without government“ auf die Tatsache, dass auf globaler Ebene immer mehr globale wirtschaftliche, politische und soziale Probleme existieren, die der Regelung bedürfen, ohne dass es eine „Weltregierung“ gibt (Rosenau 1992). In diesem Sinne wird das Konzept besonders unter dem Begriff „global governance“ aktuell weiterdiskutiert (Willke 2006). Fragile bzw. zerfallene Staatlichkeit, wie im Falle Somalias oder Afghanistans, stellt eine zentrale Herausforderung für „global governance“ dar (Schneckener 2011: 85). Dies wurde, wenn auch unter dem etwas anderen Vorzeichen der „Versicherlichung von Entwicklung“, im *PERIPHERIE*-Doppelheft 122/123 angesprochen (s. Baumann & Köbler 2011: 156; Bachmann 2011: 256f).

Jenseits normativen „Schubladendenkens“ bietet fragile bzw. zerfallene Staatlichkeit die Chance, die externen Faktoren, die (anhaltenden) Staatszerfall fördern, zu analysieren und zweitens, interne Dynamiken der Herausbildung politischer Herrschaft und Ordnung jenseits des Staates in den Blick zu nehmen. Beiden Themen, die letztlich den Bedingungen und der „Evolution“ (neuer) politischer Ordnungen in der Gegenwart nachgehen, wurde bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt.⁴ In Bezug auf Somalia, haben sich bisher nur einzelne Autoren, wie z.B. William Reno (2003), Jutta Bakonyi und Kirsti Stuvøy (2005), Andre Le Sage (2005), Ken Menkhaus (2006/2007) und Markus Höhne (2007), explizit mit den vorhandenen effektiven und in gewisser Weise legitimen Ordnungsformen jenseits des Staates beschäftigt. Der vorliegende Text nimmt diesen Faden auf und geht auf die Verschiebung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen in der Zeit des Staatszerfalls ab 1991 ein. Er leistet einen Überblick über einige wichtige Institutionen und Akteure, die in verschiedenen Teilen Somalias gleichzeitig oder zu verschiedenen Zeiten herrschend, regelnd und ordnend aktiv sind. Dazu gehören traditionelle Autoritäten, Schari'a-Gerichtshöfe, Kriegsherren, Geschäftsmänner/-frauen, lokale NGOs, islamistische Milizen und Diasporagruppen. Einige von ihnen sind global vernetzt. In Nordsomalia gibt es mit Somaliland und Puntland zwei staatsähnliche Gebilde, die traditionelle somalische Institutionen in den modernen Staatsapparat integriert haben und als hybride politische Systeme bezeichnet werden können (Boege u.a. 2008). Daneben existieren weniger stark institutionalisierte Regionalverwaltungen. Im Alltag funktionieren diese nicht-staatlichen bzw. hybriden politischen Strukturen und Institutionen für viele Somalis besser als das alte staatliche

4 Vgl. Doornbos 1994; 2006; Clapham 2001; von Trotha 2001; Bellagamba & Klute 2008.

System, das sich vor 1991 vornehmlich durch Korruption und Unterdrückung der eigenen Bevölkerung ausgezeichnet hat. Die existierenden politischen Herrschafts- und Ordnungsformen jenseits des Staates werden allerdings immer wieder von externen Interventionen bedroht und zum Teil zerstört. Somalia steht somit nicht nur beispielhaft für Staatszerfall, sondern auch für die Fehler des Eingreifens von außen. Ähnlich wie in Afghanistan und anderen Kontexten fragiler oder zerfallener Staatlichkeit wird versucht, eine dem gegenwärtig dominierenden Verständnis von Staatlichkeit entsprechende Fassade aufzubauen. Dies hat gravierende (meist negative) Auswirkungen für die Menschen vor Ort (Bliesemann de Guevara & Kühn 2010: 15). Für Somalia kann das am Beispiel des „Erfolges“ militanter Islamisten gezeigt werden, die sich erst im Kampf gegen die extern installierten Regierungen Somalias profilieren konnten und dabei anfänglich viel Zulauf von Somalis in Somalia und in der Diaspora erhielten. Am Beispiel Somalias werden, wie Tobias Hagmann und Markus Höhne (2009) argumentieren, einige allgemeine Fehler der jüngeren Staatszerfallsdebatte deutlich. Diese sind: 1) Die Ursache für den Staatszerfall werden im Inneren der betroffenen Staaten gesucht; externe Faktoren werden ausgeblendet. 2) Die Abwesenheit staatlicher Strukturen wird mit Anarchie gleichgesetzt. 3) Das gegenwärtige Modell moderner Staatlichkeit, wie sie sich in Europa und Nordamerika in den letzten drei Jahrhunderten herausgebildet hat, wird als „Ideal“ genommen, an dem sich Staatlichkeit, z.B. in Afrika, messen lassen muss. 4) Man bemüht sich, vor dem Hintergrund eines auf „Versicherheitlichung“ konzentrierten Diskurses, Staatlichkeit „von oben“ („top-down“) wieder herzustellen.

Dieser Text beschäftigt sich ausführlich mit den ersten beiden genannten Punkten. Es wird argumentiert, dass Staatslosigkeit nicht gleich Herrschaftslosigkeit bedeutet und dass im zerfallenen Somalia nicht Anarchie herrscht. In Abwesenheit funktionierender staatlicher Institutionen können alternative politische Ordnungen entstehen, die durchaus ein hohes Maß an Legitimität in den Augen der betroffenen (lokalen und transnationalen) Bevölkerung genießen können. Damit verbunden ist eine zweite These, die besagt, dass die seit 1991 durchgeführten externen Interventionen einzelner Staaten oder Staatengruppen bzw. der internationalen Staatengemeinschaft mit dem Ziel, zentralstaatliche Strukturen in Somalia wieder aufzubauen, meist kontraproduktiv waren. Gerade weil sie, mit Ausnahme der Kriegsherren, die Kräfte jenseits des Staates ignorierten bzw. bekämpften, trugen externe Interventionen eher zur Perpetuierung des Staatszerfalls bei als zu seiner Beendigung. Dies zeigt sich am deutlichsten anhand der äthiopischen Militärintervention gegen die Schari'a-Gerichtshöfe Ende 2006. Im Umkehrschluss verdeutlichen gerade die Entwicklungen in Somaliland und

Puntland, dass stabile Formen politischer Ordnung im somalischen Kontext jenseits externer Interventionen entstehen können.

Dieser Beitrag basiert auf insgesamt zwei Jahren eigener ethnographischer Feldforschung in Nordsomalia zwischen 2002 und 2012. Ergebnisse dieser Forschung gehen besonders (allerdings ohne die explizite Erwähnung einzelner Interviews) in die Ausführungen zu Somaliland und Puntland ein. Für Südsomalia und bezüglich des allgemeinen historischen, politischen und sozialen Hintergrunds greift der Text auf Sekundärliteratur zurück. Die ersten Abschnitte skizzieren kurz die staatslose vorkoloniale Gesellschaftsordnung der Somalis und die Einführung staatlicher Strukturen in der Kolonial- und Postkolonialzeit sowie den Staatszerfall. Danach werden das externe Eingreifen und seine Folgen in Somalia dargestellt. Der Hauptteil beschäftigt sich mit der Verschiebung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und den Alternativen zur staatlichen Ordnung in verschiedenen Teilen Somalias.⁵

Die *akephale* somalische Gesellschaftsordnung

Die somalische Gesellschaft wird in anthropologischer Sicht als traditionell akephale (aus dem Griechischen; wörtl.: ohne Kopf) oder staatslose Gesellschaft betrachtet. Gesellschaften ohne Staat sind jedoch nicht herrschaftsfrei oder kommen ohne Machtausübung aus. Macht ist nach Max Weber die Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstand durchzusetzen. Herrschaft definiert er als die Chance, für einen Befehl Gehorsam zu finden (Weber 1964, Bd. I: 38). Physische Gewalt kann Gewaltherrschaft begründen. Dennoch hängt auf Dauer jede Herrschaft von einem gewissen Maß an Legitimität ab. Legitimität wiederum basiert wesentlich auf dem freien Willen derer, die sie gewähren. Sie wird von der Gefolgschaft an den Herrscher verliehen, der in ihren Augen ihre Bedürfnisse am besten befriedigt. Frederik Barth hat diese transaktionalistische Perspektive in die politische Anthropologie eingeführt. Er betonte, dass unter den Swat Pathanen Nordwestpakistans Anhänger sich diejenigen Anführer aussuchen, die ihnen die größten Vorteile und die meiste Sicherheit bieten (Barth 1996: 73). Neben rational-ökonomischem Kalkül spielen

5 Um es gleich vorwegzunehmen: Ich gehe nicht gesondert ein auf lokale NGOs und andere Teile der Zivilgesellschaft, sowie auf Mitglieder der Diaspora und Geschäftsmänner/-frauen als wichtige nicht-staatliche Akteure ein. Die Gründe sind, dass im somalischen Kontext die Trennung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und solchen, die nach Erreichung politischer und sogar militärischer Macht streben, oft sehr unscharf ist. Das zeigt sich besonders am Beispiel verschiedener islamischer Institutionen und Organisationen, wie den Schari'a-Gerichtshöfen (Jabril 2008, Menkhaus u.a. 2010). Letztere, sowie auch Mitglieder der Diaspora und Geschäftsmänner/-frauen werden in anderen Kontexten mitbehandelt.

im Hinblick auf Abhängigkeits- und Autoritätsbeziehungen natürlich auch immer strukturelle Zwänge eine Rolle (ebd.: 3), die mit dem kulturellen Rahmen, der Ökologie und den Produktionsverhältnissen zusammenhängen. Barths Perspektive, die den Freiraum der Individuen in politischen Angelegenheiten und die Flexibilität von Allianzen (in einem gewissen kulturell vorgegebenen Rahmen) betont, lässt sich weitgehend auf die Verhältnisse in der vorkolonialen somalischen Gesellschaft übertragen. Sie ist auch für die gegenwärtige Phase des Staatszerfalls und der politischen Neuordnung in Teilen Somalias relevant (Schlee 1996).

Vor Beginn der Kolonisierung kannten Somalis traditionelle und religiöse Autoritäten sowie Kriegsführer, die in einem gewissen Umfang Herrschaft und Macht ausübten. Zudem existierten in der Somali-Halbinsel zwischen dem 11. und 19. Jahrhundert zahlreiche kleine Sultanate bzw. Stadtstaaten, wie die Sultanate von Ifat und Adal und die Stadtstaaten Mogadishu und Harar. In allen Fällen waren Herrschaft und Macht immer an die individuellen Eigenschaften des jeweiligen Herrschers gebunden. Ein erfolgreicher Führer musste seinen Anhängern konkrete Vorteile bieten in einem Kontext, der von Ressourcenknappheit, Fehden zwischen somalischen Abstammungsgruppen und Konkurrenz und Krieg mit den Nachbarn (besonders dem christlichen Königreich Äthiopien, aber auch den anderen Pastoralnomaden-Gruppen in der Region, wie den Afar und den Oromo) geprägt war (Trimingham 1952; Cassanelli 1982). Die somalische Geschichte ist voller Beispiele vom Aufstieg und Fall begabter Führer, wie z.B. Ahmed Gurrey (16. Jh.) und Mohamed Abdille Hassan (20. Jh.), die zu ihren Hochzeiten durchaus stabile und legitime Herrschaft über größere Gebiete ausüben konnten, aber ihre Durchsetzungskraft auch innerhalb kürzester Zeit verlieren konnten. Dabei spielten oft Rivalitäten innerhalb der eigenen Familie (im weiteren Sinne, bis hin zur Klanfamilie) eine entscheidende Rolle.⁶

Einführung staatlicher Strukturen und die Kontinuität von Alternativen zum Staat

Staatliche Strukturen wurden erst von den Kolonialherren eingeführt. Frankreich kolonisierte den äußersten Nordwesten der von Somali bewohnten Territorien (heute: Djibuti); Großbritannien errichtete ein Protektorat im zentralen Nordwesten (heute: Republik Somaliland); Äthiopien eroberte die

6 In der somalischen Gesellschaft wird primäre Zugehörigkeit meist über patrilineare Abstammung geregelt. Somalis verstehen sich (in aufsteigender Linie) als Teil einer (oft polygamen) Familie, einer Lineage, eines Sub-Klans, eines Klans oder einer Klanfamilie (Lewis 1961).

westlichen Siedlungsgebiete (Harar, Ogaden; heute: „Region 5“ innerhalb Äthiopiens); Italien brachte die Gebiete vom Nordosten (heute Puntland) bis in den Süden unter seine Gewalt; Großbritannien verwaltete auch den Südwesten der Somali-Halbinsel (heute: Nordostkenia). Die Briten etablierten keinen durchsetzungsfähigen Zentralstaat, sondern stützten sich in ihrer Herrschaftsausübung auf somalische Älteste als „Mittelsmänner“ zwischen kolonialer Verwaltung und der Bevölkerung. Diese Art der „indirect rule“ machte es möglich, dass besonders im Nordwesten somalische politische Traditionen fortlebten. Dennoch hat auch der britische Kolonialismus nachhaltig in die sozio-politischen Strukturen der Somalis eingegriffen (Höhne 2002: 30-32). Die Italiener benutzten anfangs auch somalische Älteste und andere traditionelle Autoritäten als Mittelsmänner. Doch in der Zeit des Faschismus in den 1920er und 1930er Jahren setzten sie auf Autorität und Gewalt und unterminierten so zunehmend und nachhaltig traditionelle politische Strukturen in ihrem Gebiet. Diese unterschiedlichen kolonialen Herrschaftstraditionen sollten sich auch darauf auswirken, welche effektiven politischen Alternativen zum Staat nach 1990 in den verschiedenen Gebieten des zerfallenen Somalia zur Verfügung standen (Reno 2003: 8-14; Prunier 2010: 39-46).

Der moderne Staat als externes Konstrukt wurde von den somalisch-nationalistischen Eliten akzeptiert und übernommen. Die ersten politischen Parteien wurden in den 1940er Jahren gegründet. Ihr Ziel war die Unabhängigkeit und die Vereinigung aller von Somalis bewohnten Territorien am Horn von Afrika unter einer Regierung. Am 26. Juni 1960 wurde British Somaliland unabhängig. Das italienisch verwaltete Gebiet folgte am 1. Juli desselben Jahres. Beide Gebiete vereinigten sich zur Somalischen Republik, deren Regierung die Inkorporation der Somalis unter französischer, äthiopischer und britisch-kenianischer Verwaltung anstrebte, allerdings ohne Erfolg (Lewis 2002: 178-204; Matthies 1977). Die neuen Staatslenker lehnten offiziell „Tribalismus“ oder, im somalischen Kontext zutreffender, „Klanismus“ (Somali: *qabyaalad*) ab (Egal 1968: 222). Inoffiziell blieb Klanismus, also der Rückbezug auf die eigene patrilineare Abstammungsgruppe in allen Bereichen des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lebens allerdings eine zentrale Kraft. Das demokratische System der ersten Jahre nach der Unabhängigkeit scheiterte 1969, als bei den letzten Parlamentswahlen mehr als hundert Parteien, die auf Abstammungsnetzwerken beruhten, um ein „Stück vom Kuchen“ im Staat konkurrierten. Der Staat war zu einer Ressource verkommen, die es für die eigene Gruppe auszubeuten galt. Im Oktober 1969 putschten hochrangige Polizei- und Militäroffiziere um Mohamed Siyad Barre. Ihr Ziel war es, der Korruption und der Ineffektivität

somalischer Staatlichkeit ein Ende zu machen. Unter der Herrschaft des *Somali Revolutionary Council* (SRC) wurde Klanismus unter Strafe gestellt. Nicht-staatliche Autoritäten, wie Älteste und religiöse Führer, wurden weiter marginalisiert. Man plante großangelegte wirtschaftliche und soziale Reformen, die allerdings nur zum Teil umgesetzt wurden. Somalische Staatlichkeit erreichte ihren Zenit, als Somalia 1974 das Treffen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) beherbergte und im selben Jahr als einziges Land südlich der Sahara der Arabischen Liga beitrug und zudem einen Freundschaftspakt mit der Sowjetunion schloss. Dennoch blieb Klanismus hinter dem nationalen „Vorhang“ immer wirksam. Als Präsident Mohamed Siyad Barre seine Macht nach Somalias Niederlage im Ogadenkrieg gegen Äthiopien (1977-1978) bedroht sah, stützte er sich zunehmend auf Getreue aus dem eigenen Klan. Er brachte auch Mitglieder der Abstammungsgruppe seiner Mutter und seiner wichtigsten Schwiegersöhne in zentrale Positionen im Verwaltungs- und Sicherheitsapparat (Lewis 1994: 149-175). Traditionell unterprivilegierte Gruppen wurden bewaffnet und gegen die Feinde des Regimes eingesetzt. Somalische Guerillas, die ab den späten 1970er Jahren für ein Ende der Diktatur kämpften, nutzten ebenso Abstammungsnetzwerke als Basis der Rekrutierung. So war z.B. das *Somali National Movement* (SNM), das ab 1982 von Äthiopien aus in Nordwestsomalien gegen die Regierung und ihre Truppen agierte, im Wesentlichen eine Bewegung, die von Mitgliedern der Isaaq-Klanfamilie getragen wurde. Es integrierte ab 1988 ein zentrales Beratungsgremium (Somali: *guurti*) von Isaaq-Ältesten. Traditionelle Autoritäten spielten nach der Beendigung des Krieges gegen das Barre-Regime eine wichtige Rolle beim Aufbau einer neuen politischen Ordnung in Somaliland (ab 1991) und Puntland (ab 1998).⁷ Dies ist nur ein Beispiel für die, wenn auch nicht vollkommen geradlinige, Transkontinuität (Janssen 1992: 1494; Schlee 1996: 146) von nicht-staatlichen neben staatlichen Strukturen und Institutionen im somalischen Kontext von der vorkolonialen Zeit bis in die Gegenwart.

Staatslosigkeit als Chance: politischer und ökonomischer Wandel im zerfallenen Somalia

Mit dem Zusammenbruch des diktatorischen Regimes unter Mohamed Siyad Barre verschoben sich die Macht- und Herrschaftsverhältnisse und Somalis erhielten grundlegende politische und wirtschaftliche Freiheiten wieder. Eine Vielzahl privater Zeitungen, Radiostationen und Homepages wurde seit 1991 gegründet (Issa-Salwe 2006; Höhne 2008). Zudem wurde

7 Vgl. Farah 2001; Renders 2006; Höhne 2007; Walls 2009.

die Wirtschaft radikal dereguliert. Private Investitionen und Handel in lukrativen Bereichen, wie Telekommunikation, Import von Technikprodukten, aber auch Viehhandel, florieren (selbst unter Bedingungen von Unsicherheit und Krieg) und beeinflussen die Märkte in der Region, weit über die Grenzen Somalias hinaus (Little 2003). Somalia entwickelte sich in gewissen Bereichen zu einem *Duty-Free-Shop* am Horn von Afrika (Hagmann 2005). Die somalischen Geschäftsleute und ihre internationalen Partner haben gelernt, dass sie ihre Interessen besser ohne eine Regierung verfolgen können, die sich in viele Belange einmischen will. Der Gewinn politischer und wirtschaftlicher Freiräume jenseits staatlicher Kontrolle ging nicht immer friedlich vonstatten. Im Kontext der UN- und US-Intervention Anfang der 1990er Jahre, der Einbeziehung vor allem Südsomalias in internationale schattenwirtschaftliche Netzwerke und des Aufbaus lokaler Klanmilizen unter der Führung von Kriegsherren entstanden Gewaltmärkte (Elwert 1997), innerhalb derer große Gewinne gemacht werden konnten. Ein Teil der lokalen Bevölkerung wurde dafür terrorisiert, ausgeplündert und/oder versklavt. Die Kriegsherren hatten, wie auch in anderen afrikanischen Kontexten, kein Interesse an der Wiederherstellung stabiler Staatlichkeit. Sie profitierten aber von der zeitweiligen Stabilisierung der Verhältnisse, die Ressourcen Zufluss ermöglichte und somit eine Basis für erneute Ausbeutung schuf (Bollig 1999).

Es hat lange gedauert, bis die internationale Gemeinschaft, die ab 1991 präferenziell mit Kriegsherren als den scheinbar wichtigsten politischen Akteuren verhandelt hat, bemerkte, dass diese interne „spoiler“ (Saboteure) von Staatlichkeit und Frieden in Somalia waren, die kein wirkliches Interesse an Frieden und stabiler Staatlichkeit hatten (Menkhaus 2006/2007: 96). Private Geschäftsleute erkannten bald, dass ein Mindestmaß an Ordnung und Frieden nötig ist, um Profite zu sichern. Dennoch wünschten sie sich nicht notwendig eine Zentralregierung zurück. Sie waren an lokalen Sicherheitsarrangements interessiert, zuerst mit Kriegsherren, und dann, ab den späten 1990er Jahren, mit Schari'a-Gerichtshöfen, weil letztere die zuverlässigeren Partner waren (Marchal 1996: 69-71; 2007b).

Die Anfänge der wieder erstarkenden Staatlichkeit in Nordsomalia gehen darauf zurück, dass die lokale Bevölkerung diese Gebiete von den anhaltenden Kampfhandlungen in Südsomalia abgrenzen wollte. Die Regierungen Somalilands und Puntlands sind allerdings bis heute (2012) so schwach, dass sie abgesehen von der Sicherung des Friedens kaum staatliche Funktionen ausüben. Dies befördert die Freiheit der Wirtschaft. In Somaliland, das sich schon 1991 vom Rest Somalias abgespalten hatte, haben besonders Investitionen aus der Diaspora den Frieden stabilisiert und zur moderaten

Entwicklung dieses *De-Facto*-Staates beigetragen (Ibrahim 2010).⁸ Aber auch z.B. im Bildungssektor wurden neue Wege beschritten. In Somaliland, Puntland und Teilen Südsomalias wurden seit Ende der 1990er Jahre viele neue Schulen und Universitäten eingerichtet, meist mit Unterstützung aus der Diaspora (Abdullahi 2007; Höhne 2010: 95). Während sich Somaliland selbst nicht mehr als Teil Somalias ansieht und die eigene staatliche Unabhängigkeit anstrebt, betrachtet sich Puntland zwar noch als Teil Somalias, ist aber nicht an einer starken Zentrale, sondern am Aufbau föderaler Staatsstrukturen interessiert (Höhne 2009a). Die Islamisten, die vornehmlich in Südsomalia aktiv sind, profitierten auch von der neuen politischen Freiheit nach 1990 und begannen ihre eigenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Projekte, in Kooperation mit ausländischen islamischen Institutionen und Akteuren (Marchal 2004; Abdurahman 2010: 152-154). Sie streben die Errichtung eines starken somalischen Staates an. Dieser soll allerdings nicht den USA, Europa und Äthiopien verpflichtet sein, sondern anderen islamischen „Bruderstaaten“. Das jüngste Beispiel von „Staatsfreiheit“ ist die somalische Piraterie, die sich seit den frühen 2000er Jahren als sehr erfolgreiches, wenn auch gefährliches „Geschäftsmodell“ gerade für einige Mitglieder der jüngeren Bürgerkriegsgeneration in Südpuntland und Zentral- und Südsomalia erwiesen hat (Matthies 2010). Dieser kurze Überblick zeigt bereits, dass Staatszerfall in Somalia nicht mit Anarchie gleichzusetzen ist.

Externe Ansätze der Friedens- und Staatsbildung in Somalia und ihre Folgen

Seit 1991 gab es zahlreiche Versuche der internationalen Gemeinschaft oder einzelner Staaten oder Staatenverbände, Frieden und Staatlichkeit in Somalia wieder herzustellen. Das Engagement stand zunächst unter der Prämisse, humanitäre Hilfe für die leidende somalische Bevölkerung zu leisten. Nach dem 11. September 2001 wurde Somalia, wie auch Afghanistan und andere teilweise „unregierte“ Räume, immer stärker zum Experimentierraum für „counter-insurgency“ Operationen. Im Folgenden werden fünf internationale Interventionen in bzw. extern organisierte Konferenzen für Somalia und einige ihrer Folgen dargestellt.

8 *De-Facto*-Staaten sind nach Scott Pegg (1998: 4) Staaten, die alle Kriterien von Staatlichkeit erfüllen, über ein abgegrenztes Territorium, eine Bevölkerung und Regierungsstrukturen verfügen, welche in den Augen der Masse der Bevölkerung legitim sind. Sie bemühen sich um internationale Anerkennung, die ihnen aber verwehrt wird.

UNOSOM und UNITAF (1992-1995)

Die von den UN unter dem Namen UNOSOM und den USA unter dem Namen UNITAF gemeinsam durchgeführte humanitäre Intervention hatte den Auftrag, erstens die Verteilung von Lebensmitteln an die Hunger leidende somalische Bevölkerung zu sichern und zweitens, Staatlichkeit in Somalia wieder aufzubauen. Zeitweise waren bis zu 25000 ausländische Soldaten in Mogadishu und Teilen Süd- und Zentralsomalias stationiert (darunter auch deutsche Truppen). Internationale staatliche und nichtstaatliche Hilfsorganisationen ergänzten das „Interventionspaket“. Die Interventionstruppen konnten die Verteilung der Hilfsgüter, die zuvor von den Kriegsherren geplündert worden waren, sichern. Die wichtigsten Kriegsherren wurden wiederholt zu Friedensverhandlungen eingeladen. Es gelang jedoch nicht, sie unter Kontrolle zu bringen und Frieden zu schaffen. Mitte 1993 ging man dazu über, den als *spoiler* angesehene Kriegsherren Mohamed Farah Aidid zur Fahndung auszuschreiben und zu verfolgen. Die Verfolgungsjagd, die besonders intensiv von amerikanischen Truppen betrieben wurde, eskalierte in schweren Gefechten in Mogadishu bei denen hunderte Somalis (auch viele unbeteiligte Zivilisten) und mehr als ein Dutzend Angehörige amerikanischer Spezialeinheiten umkamen. Der Tod amerikanischer Soldaten in Mogadishu bewog die Clinton-Regierung, den Rückzug der USA aus Somalia einzuleiten. Auch die UN gaben schließlich auf und zogen bis Mai 1995 alle „Blauhelme“ aus Somalia ab (Herrmann 1997; Höhne 2002: 58-73). Eine unvorhergesehene Konsequenz der humanitären Hilfeleistungen sowie der UN- und US-Intervention Anfang der 1990er Jahre war, dass der Kriegsökonomie der Kriegsherren neue Ressourcen zugeführt wurden. Aidid und andere Kriegsherren spezialisierten sich rasch auf die Plünderung von Hilfsmitteln, um Gewinn zu machen. Während die internationalen Truppen dieses Geschäft weitgehend unterbinden konnten, verhalfen die Verhandlungen, zu denen die Kriegsherren von Seiten der internationalen Gemeinschaft gerade zu Beginn der Intervention eingeladen wurden, den Kriegstreibern zu Ansehen und Macht. Der „Sieg“ Aidids über die Amerikaner in Mogadishu schließlich zementierte den Mythos von den starken somalischen Kriegsherren, welche den Rest der 1990er Jahre hindurch unbehelligt ihren Geschäften in Südsomalia nachgehen konnten.

„Dirty war“ nach 9/11 (2001-2005)

Somalia wurde erst nach den Anschlägen von New York und Washington im September 2001 wieder international wahrgenommen. Amerikanische und

andere Strategen identifizierten das Land rasch als potenzielle Bedrohung. Somalia war ohne Regierung; seine Bevölkerung war zu fast 100 Prozent islamisch; Waffen waren billig und frei verfügbar. Es galt als nächster „sicherer Hafen“ für Al Qaida nach Afghanistan. Man entschied sich allerdings, vielleicht auch vor dem Hintergrund der schlechten Erfahrungen Anfang der 1990er Jahre, gegen eine militärische Intervention. Vielmehr baute man ein Netzwerk von „Handlangern“ – meist lokale Kriegsherren – in Mogadischu auf, die gegen Bezahlung Terrorverdächtige fingen und nach Äthiopien oder Djibuti überstellten oder eliminierten. Somalias militante Islamisten wehrten sich, indem sie lokale Partner der Amerikaner, aber auch einflussreiche moderate Somalis, die einer Radikalisierung des Islam im Weg standen, umbrachten. In diesem „dirty war“ kamen mehrere Dutzend Menschen, darunter prominente Friedensaktivisten, Journalisten und islamische Gelehrte, ums Leben. Auch einige ausländische Helfer wurden von militanten Islamisten getötet (ICG 2005b: 5-7). Das Ergebnis dieser indirekten Intervention war, dass unter Somalis Paranoia gesät wurde und militante Islamisten Aufwind bekamen. Zivilgesellschaftliche Akteure und moderate Somalis, die nach friedlichen Alternativen zu Kriegsherrenunwesen, politischem Islam und externen Militäroperationen suchten, gerieten zunehmend unter Druck. In dieser Periode sind auch die ersten Anfänge von Al Schabaab zu verorten (Marchal 2009: 388-390; Höhne 2009b).

Kenia-Konferenz (2002-2004)

Parallel zu dem Krieg gegen den Terror bemühte man sich, wieder eine effektive Regierung in Somalia aufzubauen. Die zuvor in der Kleinstadt Arta in Djibuti 2000 eingerichtete Nationale Übergangsregierung (engl.: *Transitional National Government*, TNG) war gescheitert. Im Oktober 2002 wurde unter Schirmherrschaft der Mitgliedsstaaten der *Intergovernmental Authority on Development* (IGAD), der Regionalorganisation am Horn von Afrika und mit finanziellen Mitteln der UN und der EU ausgestattet eine Friedens- und Versöhnungskonferenz für Somalia in Kenia eröffnet. Mit Unterbrechungen zogen sich die Verhandlungen bis Januar 2005 hin. Zum ersten Mal wurde ein föderales System für Somalia anvisiert. Zudem sollte die Macht im zukünftigen *Transitional Federal Government* (TFG) nach einem festen „Klanschlüssel“, der so genannten 4.5-Formel, vergeben werden.⁹ Entsprechend dieser Formel sollten die Mitglieder der vier größten Klanfamilien (Dir, Darood, Hawiye und Rahanweyn) je $\frac{2}{9}$ und die Mitglieder der „Minderheiten“ in Somalia $\frac{1}{9}$ aller Positionen in der Regierung

⁹ Diese Formel war erstmals auf der Arta-Konferenz angewendet worden.

bekommen (Schlee 2006: 121). Neben dem guten Dutzend Kriegsherren, die im „leadership committee“ saßen, hatten auch traditionelle Autoritäten Einfluss auf die Auswahl der Parlamentarier. Das Parlament wählte im Oktober 2004 Abdullahi Yusuf, einen ehemaligen Kriegsherren und bis 2004 Präsident Puntlands, zum somalischen Präsidenten. Die Wahl war von Korruptionsvorwürfen und massiven Manipulationen Addis Abebas überschattet. Das TFG war von Anfang an gespalten. Es galt als von Mitgliedern der Darood-Klanfamilie dominiert und von Äthiopien gesteuert. Einflussreiche Mitglieder der Hawiye-Klanfamilie sowie die Islamisten lehnten es ab. Bis Mitte 2006 gelang es dem TFG nicht, sich komplett und dauerhaft in Mogadischu zu etablieren. Die Regierung saß provisorisch in der Stadt Baydhabo in Südsomalia, als die Milizen der *Union of Islamic Courts* (UIC) Mogadischu von den Kriegsherren übernahmen. Nur mit massiver äthiopischer Unterstützung konnte sich das TFG halten und schließlich gegen die Schari'a-Gerichtshöfe vorgehen. Die Folgen der Konferenz in Kenia für Somalia waren, dass die Korruption in den Kreisen der somalischen Elite gesteigert wurde, eine in den Augen vieler Somalis illegitime Regierung internationale Anerkennung erreichte und Kriegsherren mit Ministerposten belohnt wurden. Die mangelnde interne Legitimität der Übergangsregierung führte zu neuen gewaltsamen Auseinandersetzungen in Südsomalia (Menkhaus 2007b: 362-370).

Äthiopische Militärintervention (2006-2008)

In Somalia erstarkten islamistische Reformkräfte seit 1991. Einige islamistische Gruppen organisierten sich militärisch. Anfang 2006 schlossen sich mehrere Schari'a-Gerichtshöfe in Mogadischu zur UIC zusammen, um gegen die von Äthiopien und den USA im Zuge von *counter-terrorism* bezahlten Kriegsherren zu kämpfen. Nach ihrem Sieg über die Kriegsherren weitete die UIC bis September 2006 ihre Macht auf weite Teile Südsomalias aus. Sie wurde dabei von Eritrea, aber auch anderen Staaten wie dem Jemen unterstützt. Darauf reagierten Äthiopien, die USA und Teile der internationalen Staatengemeinschaft zunehmend nervös. Ankündigungen von Hardlinern innerhalb der UIC, gegen die Übergangsregierung in Baydhabo zu marschieren, einen Krieg mit Äthiopien zu beginnen oder internationale Jihadisten nach Somalia einzuladen trugen zur weiteren Eskalation der Lage bei. Im Dezember intervenierte Äthiopien offiziell mit circa 14.000 Soldaten, Panzern und Flugzeugen und vertrieb die UIC innerhalb einer Woche aus allen Stellungen. Die USA leisteten logistische und politische Hilfestellung und schossen Raketen auf flüchtende UIC-Kontingente, in der Hoffnung

hochrangige Islamisten und Terrorverdächtige zu töten. Die EU sah tatenlos zu. Das TFG kam im Zuge der Intervention endlich nach Mogadishu. Dies markierte jedoch nicht das Ende der Kämpfe. Zwischen Januar 2007 und Dezember 2008 erlebten die Menschen in Süd- und Zentralsomalia die schlimmste Welle von Gewalt seit Beginn der 1990er Jahre (Menkhaus 2007b: 380; HRW 2007). Die besiegten Islamisten reorganisierten sich und begannen zusammen mit lokalen Hawiye-Klanmilizen einen Guerillakampf gegen die Truppen der Äthiopier und der Übergangsregierung. Die Anfang 2007 von der Afrikanischen Union (AU) nach Mogadishu entsandte „Friedenstruppe“ namens AMISOM konnte den Kämpfen keinen Einhalt gebieten. Die AU-Truppen wurden vielmehr bald Partei im weiter eskalierenden Krieg in Mogadishu. Schwerste Menschenrechtsverletzungen wurden von allen Seiten begangen (AI 2008; HRW 2008).

Djibuti Konferenz (2008-2009)

Im Jahr 2008 begann die internationale Gemeinschaft, parallel zu den Kampfhandlungen in Mogadishu, einen neuen politischen Prozess um die Übergangsregierung zu stabilisieren. Die UN ermöglichten Verhandlungen zwischen Teilen des TFG und Mitgliedern der UIC-Führung, die nach Asmara in Eritrea ins Exil geflohen war. Die Treffen fanden in Djibuti statt. Durch externe Manipulation wurden die Islamisten in Asmara in ein „extremes“ und ein „moderates“ Lager gespalten. Ende 2008 zeigte sich, dass Präsident Abdullahi Yusuf keine politische Zukunft mehr hatte. Er hatte stets auf eine militärische Lösung der Probleme in Somalia gesetzt. Addis Abeba sah, dass ein militärischer Sieg in Mogadishu nicht möglich war und begann damit, seine Truppen aus Somalia abzuziehen. Abdullahi Yusuf trat im Dezember zurück. Im Januar 2009 verließen die letzten äthiopischen Truppen Somalia. Die Parlamentssitze in der neuen Übergangsregierung wurden verdoppelt und sollten den „moderaten“ Islamisten zukommen. Scheich Scharif Scheich Ahmed, der ehemalige UIC-Vorsitzende, wurde schließlich in Djibuti Ende Januar 2009 zum Präsidenten einer neuen Übergangsregierung gewählt. Er hatte die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, aber nicht des ganzen somalischen Volkes. Die Hardliner unter den Islamisten lehnten Scheich Scharif als „Marionette des Westens“ ab. Im Mai 2009 formierte sich militanter Widerstand in Mogadishu und Umgebung. Die Folgen des Djibuti-Prozesses waren im Endeffekt neue Kämpfe in Süd- und Zentralsomalia, welche großen Anteil an der Eskalation der Hungerkatastrophe Mitte 2011 hatten (Höhne 2011a).

Alternative politische Ordnungen jenseits des Staates

Die externen Interventionen in Somalia seit 1991 haben die verschiedenen Institutionen bzw. Akteure, die im staatslosen Umfeld Somalias an die Macht gekommen sind und ein Mindestmaß an Ordnung (auch Gewaltordnung) garantiert haben, weitgehend ignoriert bzw. bekämpft. Die einzige Ausnahme davon sind die Kriegsherren, die bis vor kurzem auf internationalen Konferenzen „hofiert“ wurden. Im Folgenden werden die gegenwärtig wichtigsten Akteure jenseits des Staates in Somalia vorgestellt.

Traditionelle Autoritäten

In der somalischen Gesellschaft gibt es zwei Arten von traditionellen Autoritäten – einfache Älteste und betitelte Älteste.¹⁰ Einfache Älteste können theoretisch alle älteren Männer werden; sie stehen ihren Familien vor. Betitelte Älteste werden speziell von ihrer Gruppe ausgewählt; sie tragen Titel wie *Suldaan*, *Garaad* oder *Boqor* und stehen an der Spitze größerer patrilinear abgestammter Gruppen wie Klans. Dazwischen wurde in der Kolonialzeit besonders von den Briten die mittlere Ebene der Lineageoberhäupter gestärkt. Diese werden *Akil* (Somali: *caaqil*) genannt.¹¹ Traditionelle Autoritäten repräsentieren ihre Gruppe in Verhandlungen mit anderen Gruppen oder, seit der Kolonialzeit, mit der Regierung. Sie mobilisieren ihre Anhänger im Konfliktfall oder wenn es z.B. darum geht, Unterstützung für ein politisches oder anderweitiges Projekt bereitzustellen. Ihre Macht hängt von den individuellen Fähigkeiten des jeweiligen Ältesten ab (Lewis 1955: 585). Wissen um Kultur, Religion und Familienbeziehungen sowie rhetorisches Geschick sind das entscheidende Kapital traditioneller Führer (Höhne 2007: 157f). Dieses Kapital wird eingesetzt, um auf Familien- oder Klankonferenzen im Interesse der eigenen Abstammungsgruppe zu verhandeln. Traditionelle Autoritäten können effektiv arbeiten, weil sie lokal verankert und der eigenen Gruppe gegenüber verantwortlich sind. Dies hat unmittelbar mit ihrer prekären Machtbasis zu tun. Weber (1964, Bd. II: 179) sprach davon, dass traditionelle Autoritäten vom „Gehorchenwollen der Genossen“ (Hervorhebung im Original) abhängig sind. Da ihre Macht nicht institutionalisiert ist, sondern von der Persönlichkeit des individuellen Ältesten und seinen Anhängern abhängt, haben Älteste nur so lange Macht,

10 Traditionell bedeutet nicht, dass diese Institutionen seit vorkolonialer Zeit unverändert geblieben sind. Traditionelle Institutionen sind natürlich, wie auch alle anderen Institutionen, Wandel über Zeit unterworfen.

11 Im Somali wird „c“ wie das arabische Ayn (ع) ausgesprochen; „x“ entspricht dem arabischen Ha (ح).

wie sie die Interessen ihrer Anhänger ernst nehmen und zu einem hohen Maß befriedigen. Dabei werden Jugendliche und Frauen allerdings teilweise ausgeschlossen. Sie haben kein direktes Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen, können jedoch „hinter den Kulissen“ durchaus Einfluss nehmen. Jugendliche sind zudem die „Truppen“, die – zumindest, wenn es um Krieg oder Frieden geht – den Entscheidungen ihrer Ältesten Nachdruck verleihen; ohne ihre Mithilfe bleiben die Ältesten im Zweifel „zahnlos“. Die Verbindung zwischen der jüngeren und der älteren Generation wird von somalischen und islamischen Traditionen, also dem kulturellen Kontext, gestützt, kann aber vom Zusammenbruch gesellschaftlicher Strukturen im Kontext von Bürgerkrieg in Mitleidenschaft gezogen werden. Es gibt seit 1991 Gruppen von jugendlichen Gangstern (Somali: *mooryaan* oder *deydey*), die nicht mehr ihren Ältesten gehorchen. Insgesamt lässt sich sagen, dass Älteste eher auf Basis von Konsens und der realistischen Abschätzung der militärischen, ökonomischen und anderer Potentiale der an Verhandlungen beteiligten Parteien handeln. Neben somalischen Traditionen und islamischer Moral beeinflussen der Grundsatz, dass Macht Recht ist, und ein „gesunder“ Pragmatismus die Politik von Ältesten.

Kriegsherren

Kriegsherren haben in der somalischen Gesellschaft nur eine bedingte Tradition. Es gab in der vorkolonialen und kolonialen Vergangenheit durchaus temporär sehr mächtige Kriegsführer. Sie rekrutierten präferenziell Mitglieder der eignen Abstammungsgruppe. Allerdings war ihre Macht dadurch beschränkt, dass es in der semiariden Somalihalbinsel in der Vergangenheit kaum genügend Ressourcen für den Aufbau einer länger florierenden Kriegsökonomie gab. Die modernen somalischen Kriegsherren sind ein Phänomen der 1990er Jahre. Sie sind Klan- oder Subklanführer im Zeitalter der Globalisierung, die oft in Zusammenarbeit mit externen Partnern (Regierungen, aber auch kriminellen Banden wie der Mafia) geschickt die politischen, ökonomischen und technischen Gegebenheiten nutzen, um aus Krieg Profit zu ziehen und damit ihre Macht zu erhalten (Bakonyi 2006: 105-109). Ihre Truppen setzen sich aus „Nomadenkriegern“ und entwurzelten Jugendlichen zusammen; in manchen Fällen werden die Kriegsherren auch von den Ältesten ihrer Abstammungsgruppe unterstützt (Marchal 1993). Entscheidend für die Stärke von Kriegsherren ist ihre Ressourcenbasis. Sie müssen Land, natürliche Ressourcen, Straßen, Häfen und/oder Flughäfen kontrollieren, um die Einnahmen erwirtschaften zu können, die der Verpflegung der Truppen und der eigenen Bereicherung dienen. Die Ausgaben in der

Kriegsökonomie werden dadurch gering gehalten, dass die lokale Bevölkerung, die nicht zur Klientel der Kriegsherren gehört, ausgebeutet und/oder ausgeraubt wird, bis hin zur Versklavung. Wichtige somalische Kriegsherren sind entweder selbst Geschäftsmänner oder haben sich mit Geschäftsmännern verbunden. Neben Bezahlung und Zugang zu Beute (inklusive Frauen aus den unterdrückten Gruppen) erhielten die somalischen Kriegsherren die Loyalität ihrer Truppen durch Appelle an den „Klanstolz“. Im Kontext des somalischen Bürgerkrieges – gerade in der Zeit der schlimmsten Kämpfe 1991-1992 – scharten sich viele Somalis hinter *ihren* Kriegsherren, der als „Held“ (Somali: *geesi*) verehrt wurde. Kriegsherren müssen, um erfolgreich sein zu können, politisch und wirtschaftlich gut vernetzt sein, in ihrem Klan, aber auch darüber hinaus, und militärisch-strategisches Geschick haben. Opportunistische Klanallianzen spielen in diesem Kontext eine große Rolle. Auch Verhandlungen mit externen Partnern sichern Kriegsherren und ihren Anhängern Einfluss und Wohlstand. Die UN und die USA stützten sich Anfang der 1990er Jahre ausschließlich auf die gewichtigsten somalischen Kriegsherren in ihrem Versuch, Somalia wieder aufzubauen. Auch während der Friedensverhandlungen in Kenia 2002 bis 2005 hatten die Kriegsherren im „leadership committee“ entscheidenden Einfluss auf den Konferenzverlauf. Neuer somalischer Präsident wurde schließlich der ehemalige Kriegsherr Abdullahi Yusuf. Die eigenen Interessen kommen dabei grundsätzlich vor den Interessen der größeren Gemeinschaft.

Schari'a-Gerichtshöfe

Fast 100 % aller Somalis sind sunnitische Moslems. Die Islamisierung der Somalihalbinsel setzte schon bald nach dem Tod des Propheten Mohamed ein. Der traditionelle somalische Islam ist stark vom Sufismus beeinflusst. Der Sufismus erlaubt die Integration vorislamischer Bräuche z.B. in Form von Heiligenverehrung bestimmter Vorfahren (Lewis 1955). Bis Mitte des 20. Jahrhunderts spielte ein streng an der Schrift des Korans und den Hadithen orientierter Islam nur eine untergeordnete Rolle. Zwar wurde die Schari'a von den meisten Somalis als göttliches und somit höchstes Recht anerkannt; in der täglichen Praxis war das allerdings hauptsächlich im Bereich des Familienrechts relevant. Unter der sozialistischen Fortschrittsdiktatur ab 1969 galten Religionsgelehrte den politischen Eliten als ebenso rückständig wie traditionelle Autoritäten. Zudem reagierte Präsident Mohamed Siyad Barre auf jede Herausforderung seiner Macht mit brutaler Repression. Im Jahr 1975 wurden zehn islamische Würdenträger in Mogadischu öffentlich hingerichtet, weil sie sich gegen das von der Regierung verabschiedete

Familiengesetz ausgesprochen hatten, das die Gleichstellung von Männern und Frauen festlegte (Abdurahman 2010: 138). Erst mit dem Zerfall des Staates in den 1990er Jahren errangen islamistische Reformbewegungen, die teilweise von den ägyptischen Moslembrüdern und teilweise vom Salafismus saudi-arabischer Prägung inspiriert waren, die Freiheit, ihre Ansichten offen zu vertreten und sozial, politisch und wirtschaftlich aktiv zu werden (Marchal 2004). Die ersten Schari'a-Gerichtshöfe wurden 1994 im Norden Mogadischus etabliert. Sie standen unter der Schirmherrschaft des mächtigen Kriegsherren Ali Mahdi, eines ehemaligen Geschäftsmanns, der von der Sicherheit profitierte, für welche die Gerichtshöfe in ihren jeweiligen Nachbarschaften sorgten. Finanziell und politisch unabhängige Schari'a-Gerichtshöfe kamen in der zweiten Hälfte der 1990er auf, nun auch im Süden Mogadischus und in anderen Orten Südsomalias. Diese Gerichtshöfe sorgten lokal für Ruhe und Ordnung. Sie waren in Verwandtschaftsnetzwerke eingebunden, wurden von wichtigen Geschäftsmännern unterstützt und verfügten über Gerichtsmilizen, die Beschuldigte festnehmen und in Nachbarschaften patrouillieren konnten. Die wenigsten Gerichtshöfe hingen militanten oder extremistischen Interpretationen des Islam an (Le Sage 2004: 86-87; ICG 2005a: 3). Um das Jahr 2000 schlossen sich mehrere Schari'a-Gerichtshöfe in Mogadischu zusammen, bildeten einen gemeinsamen Rat und vereinigten ihre Milizen. Dieser Zusammenschluss bot politisch motivierten Akteuren innerhalb der Gerichtshöfe die Möglichkeit, sich zu profilieren. Die verschiedenen Gerichtshöfe verfolgten jedoch so unterschiedliche Ziele, dass es nicht gelang, sie zu einer effektiven und zentralisierten Institution zu verbinden (Marchal 2007b). Im Kontext des von den USA angeführten Krieges gegen den Terror und des damit verbundenen „dirty war“ in Mogadischu wurde der Zusammenhalt unter den Schari'a-Gerichtshöfen größer. Anfang 2006 schließlich etablierten sie die UIC, die über ungefähr 800 Bewaffnete verfügte und innerhalb kürzester Zeit die Milizen der Kriegsherren besiegte. Im Juni übernahm diese Bewegung die Kontrolle über Mogadischu und wurde „über Nacht“ zu einem intern entscheidenden und extern viel beachteten politischen Akteur, der die schwache und weitgehend illegitime Übergangsregierung unter Abdullahi Yusuf in Baydhabo bedrohte. Innerlich war die UIC jedoch immer noch sehr heterogen. Eine kleine Gruppe von Extremisten, die sich „Al Shabaab“ nannte und als „Jugendbewegung“ der Gerichtshöfe auftrat, gewann immer mehr Einfluss und sollte ab Ende 2006 die weiteren politischen Entwicklungen in Somalia wesentlich mitprägen (Marchal 2009; Höhne 2009b). Jenseits der (unangebrachten) internationalen Aufregung über die „Talibanisierung“ Somalias (Witrock 2006; Kfir 2008: 842) ist festzustellen, dass die Schari'a-Gerichtshöfe zwischen 1994 und 2006 Ruhe

und Ordnung in ihren jeweiligen Einflussbereichen garantieren und in den Augen der lokalen Bevölkerung meist hohes Ansehen genießen.

Islamistische Milizen/Al Shabaab

Die wichtigste islamistische Miliz ist Al Shabaab („Die Jugend“). Der erste Anführer der Gruppe, Aden Haschi Ayro, stand unter dem Schutz von Scheich Hassan Dahir Aweys, dem Vorsitzenden des *Ifka-Halane*-Gerichtshofs in Mogadischu. Im Jahr 2006 verstanden es die militanten Extremisten von Al Shabaab, die Politik der UIC so zu beeinflussen, dass sie eine äthiopische Militärintervention provozierten. Zudem spielten auch regionale Rivalitäten im Hinblick auf die Politik der UIC und ihrer Gegner eine große Rolle. Äthiopien unterstützte Abdullahi Yusuf und sein TFG; Eritrea, Äthiopiens „Todfeind“, stellte sich auf die Seite der Islamisten (obwohl die eritreische Regierung im eigenen Land den politischen Islam massiv unterdrückt). Addis Abeba befahl schließlich im Dezember 2006 die Intervention. Die Truppen der Gerichtshöfe waren innerhalb von einer Woche militärisch geschlagen. Dennoch erwies sich die Niederlage der UIC im Nachhinein als die Stunde der „Wiedergeburt“ von Al Shabaab, nun als einer eigenständigen und immer stärker werdenden militärisch-politischen Kraft in Südsomalia (Höhne 2011a: 20). Die militanten Islamisten verstanden es, Anhänger gegen die brutale äthiopische Besetzung Mogadischus und die ungeliebte Herrschaft des TFG zu mobilisieren. Auch die „Friedenstruppen“ der Afrikanischen Union (AMISOM) wurden in das Konfliktgeschehen gezogen. Bald verfügte Al Shabaab über mehrere tausend Kämpfer und zog auch ausländische Jihadisten an. Avancen gegenüber und unterstützende Video- und Audiobotschaften von Osama Bin Laden und Al Qaida verschafften der Bewegung internationale Aufmerksamkeit (Rogan 2007: 93). Je mehr Al Shabaab von den Äthiopiern, dem TFG und AMISOM mit Bodentruppen und von den USA mit gezielten Raketenschlägen bekämpft wurde, desto mehr wurden die militanten Extremisten zu Helden in den Augen vieler Somalis. Ab 2008 begann sich Al Shabaab intern besser zu organisieren, etablierte Trainingslager, in denen Kämpfer ideologisch und militärisch geschult wurden, und baute Verbindungen zu Unterstützern in der somalischen Diaspora auf (Marchal 2009: 394f; Menkhaus 2009). Nach dem Abzug der Äthiopier im Januar 2009 übernahm Al Shabaab viele ihrer Stellungen. Politisch musste sich die Bewegung umorientieren. Sie musste ein neues Feindbild aufbauen, da die „christlichen“ Äthiopier das Land verlassen hatten und in Djibuti im Januar 2009 eine neue, dezidiert islamische somalische Regierung unter Präsident Scheich Scharif geschaffen worden

war. Scheich Scharif war ein ehemaliger Anführer der UIC. Er galt nun als moderat und genoss internationale Unterstützung.

Da sich Scheich Scharif eng an den Westen und Äthiopien band, fiel es den militanten Islamisten leicht, das in Djibuti gegründete neue TFG als Feind darzustellen. Zudem fehlten dem TFG die Mittel und das Wissen, sich rasch als effektive Regierung zu präsentieren. Diese Schwäche nutzte Al Shabaab und fing im Mai 2009 an (zusammen mit anderen Gegnern Scheich Scharifs), die neue Übergangsregierung zu attackieren. Bis Ende 2010 konnte Al Shabaab enorme Geländegewinne in Zentral- und Südsomalia verzeichnen. Nicht alle Territorien mussten erobert werden. In vielen Dörfern und Städten lud die lokale Bevölkerung Al Shabaab ein, die Kontrolle zu übernehmen. Al Shabaab begann ab 2009, in den von ihr besetzten Gebieten Regierungsfunktionen auszuüben (Marchal 2011: 64f).

Als Arbeitgeber war Al Shabaab für viele junge Somalis attraktiv, da die Bewegung ihre Kämpfer im lokalen Vergleich mit circa 200\$ pro Monat ordentlich bezahlte und auch ideologisch Orientierung bot in einem Kontext, der von der scheinbaren Aussichtslosigkeit des Lebens geprägt war (Le Sage 2010; Taarnby & Hallundbaek 2010). Al Shabaab gelang es auch, die Kriminalität in den Gebieten unter ihrer Kontrolle durch drakonische Strafen drastisch zurückzudrängen. Wer sich dem harschen islamischen Regime jedoch nicht fügen wollte, musste mit Terror und harten Strafen rechnen (HRW 2010). Im August 2011 musste sich Al Shabaab im Angesicht einer Gegenoffensive von AMISOM und TFG und der eskalierenden Hungerkatastrophe aus Mogadishu zurückziehen. Doch auch Mitte 2012 ist die islamistische Miliz noch einflussreich in weiten Teilen Südsomalias. Selbst wenn Al Shabaab militärisch besiegt würde, könnte eine kleine Gruppe Extremisten immer noch Terroranschläge in Südsomalia oder in den Nachbarländern planen und durchführen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass Islamisten wieder mehr Zulauf aus der Bevölkerung bekommen werden, falls die zukünftigen südsomalischen Regierungen (nach dem geplanten Machtwechsel im August 2012) weiterhin korrupt und an der eigenen Bevölkerung vorbei regieren werden.

Hybride politische Systeme in Somaliland und Puntland

In Nordsomalia haben sich mit Somaliland (im Nordwesten) und Puntland (im Nordosten) zwei staatsähnliche Gebilde etabliert, die moderne staatliche und traditionelle somalische Institutionen vereinen. Somaliland wurde 1991 auf einer Klankonferenz in der Stadt Bur'ö für unabhängig erklärt. Es dauerte viele Jahre, bis diese sezessionistische Republik intern friedlich wurde und

an politischer Substanz gewann. Ein wichtiger Aspekt des politischen Systems in Somaliland ist die Integration des Ältestenhauses (Somali: *guurti*) als Oberhaus in das Zweikammernparlament. Die Ältesten haben Anfang der 1990er Jahre wesentlich zur Schlichtung interner Konflikte zwischen verschiedenen Klans und politischen Akteuren in Somaliland beigetragen (Renders 2007: 445f). Im Jahr 2001 leitete die Annahme einer neuen Verfassung den Übergang von einer Klan- zu einer Mehrparteidemokratie ein. Im darauffolgenden Jahrzehnt wurden mehrere erfolgreiche Wahlen abgehalten; 2003 und 2010 fand jeweils ein friedlicher Machtwechsel an der Spitze des *De-Facto*-Staates statt. Puntland wurde 1998 auf einer Klankonferenz in der Stadt Garowe gegründet. Seine Staatsgründung folgte in mancher Hinsicht dem gerade kurz skizzierten Prozess in Somaliland. Allerdings spielen in Puntland die traditionellen Autoritäten eher „hinter den Kulissen“ eine Rolle. Sie sind nicht im Parlament vertreten, entsenden aber die Parlamentarier, die wiederum den Präsidenten wählen (Gundel 2006: 23). Im puntländischen Parlament sind die Sitze nach Klanproporz verteilt. Im Augenblick laufen Reformen, die, wenn sie erfolgreich abgeschlossen werden, in Puntland eine Mehrparteidemokratie einführen sollen. In Puntland fanden 2005 und 2009 Präsidentschaftswahlen statt. Im Gegensatz zu Somaliland strebt Puntland keine Unabhängigkeit an. Es ist Teil Somalias und ist in die politischen Prozesse in Südsomalia involviert. Somaliland und Puntland liegen im Konflikt über größere Gebiete im Grenzland zwischen beiden politischen Gebilden. Hier zeigt sich, dass weder Somaliland noch Puntland in den gesamten, von ihren jeweiligen Regierungen beanspruchten Staatsgebieten effektive Kontrolle ausüben (Höhne 2009a). Gerade in den umstrittenen Grenzgebieten werden zunehmend Fragmentierungstendenzen erkennbar. In Ost-Somaliland, im Gebiet des Dhulbahante-Klans, war seit 2009 die Miliz namens SSC (Sool, Sanaag und Cyan) aktiv, die für die Unabhängigkeit des Klanterritoriums eintritt. Im Januar 2012 wurde dort der „Khaatumo State of Somalia“ gegründet, der als somalischer Bundesstaat fungieren soll. Seither kam es zu mehreren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen somaliländischen Truppen und Dhulbahante/Khaatumo-Milizen im Gebiet um die Städte Lasanod und Buuhoodle. In Nordwestpuntland hat sich ab 2006 der Widerstand der Mitglieder des Warsangeli-Klans gegen die Ausbeutung natürlicher Ressourcen in ihrem Gebiet durch die Regierung in Garowe formiert. Der Kampf wird seit 2009 von einem lokalen Scheich namens Mohamed Said Atom angeführt. Seine Miliz hat Verbindungen mit Al Shabaab in Südsomalia (Bryden u.a. 2011: 19-23, 130-134). Insgesamt lässt sich dennoch erkennen, dass das politische System Somalilands und Puntlands über ein hohes Maß an Legitimität in den Augen der Mehrheit

der jeweils eigenen Bevölkerung verfügt. Die Regierungen in Hargeysa und Garowe halten zwar kein Gewaltmonopol, verfügen aber durch die Etablierung „nationaler“ Armeen über ein Drohpotenzial, das bisher zur Sicherung des internen Friedens ausreicht. Dienstleistungen jenseits der Sicherung des Friedens werden auf Grund von Ressourcenmangel kaum angeboten. Zur Förderung des lokalen Friedens und der wirtschaftlichen Entwicklung arbeitet man mit traditionellen Autoritäten, Diasporainitiativen und verschiedenen internationalen NGOs und anderen Organisationen zusammen.

Andere regionale Administrationen

Es gibt eine Reihe weiterer regionaler Administrationen in Zentral- und Südsomalia, die allerdings sehr unterschiedlich effektiv sind. In Südsomalia, in den Regionen Bay und Bakool, etablierte die *Rahanweyn Resistance Army* (RRA) 1998 eine eigene Administration. Die RRA war zuvor als Miliz der unterprivilegierten und ausgebeuteten Agropastoralisten, die der Rahanweyn-Klanfamilie angehörten, gegründet worden. Sie kämpfte in ihrem Gebiet gegen plündernde Hawiye-Milizen und genoss die Unterstützung Äthiopiens. Ab 1998 wurde eine Distrikt- und Regionalverwaltung in Bay und Bakool aufgebaut, in Kooperation mit lokalen Ältesten. An der Spitze der Verwaltung stand die RRA-Führung. Die Herrschaft der RRA basierte auf der engen Verbundenheit der Milizen mit der lokalen Bevölkerung. Politische Differenzen im Exekutivkomitee der RRA führten jedoch ab 2000 zu Spaltungen, bis die RRA Ende 2002 zerbrach und sich verschiedene Milizenführer gegenseitig bekämpften (Bakonyi 2011: 252-268). Andere, neuere Regionalverwaltungen sind der 2006 gegründete *Galmudug State*, der südlich an Puntland grenzt und Teile der Regionen Mudug und Galgudud umfasst. Das Gebiet wird vornehmlich von Mitgliedern der Hawiye-Klanfamilie bewohnt. Eine „moderate“ islamistische Miliz namens *Ahlu Sunna Wal Jama'a* hat sich ab 2009 südlich dieses Gebildes etabliert und kämpft in Zentral- und Südwestsomalia gegen Al Shabaab. Im Jahr 2010 wurde ganz im Süden Somalias, an der Grenze zu Kenia, der Teilstaat Azania ausgerufen. In diesem Gebiet (und darüber hinaus) existierte 1998-1999 schon Jubbaland, das unter der Verwaltung einer Kriegsherren-Koalition stand. Azania hat offiziell eine zivile Verwaltung unter Präsident Mohamed Ali Mohamed Ghandi, einem in Frankreich promovierten Ethnologen. Vor Ort existieren allerdings kaum Strukturen, die auf eine effektive Herrschaft des Präsidenten und seiner Gefolgsleute schließen lassen. Der Präsident selbst hält sich meist in Mogadishu oder im Ausland auf, während in Azania

das kenianische Militär, „auf Einladung“ der somalischen Regierung, gegen Al Shabaab vorgeht.

Schlussfolgerungen für die Etablierung tragfähiger Staatlichkeit

Der Artikel hat gezeigt, dass die Abwesenheit von staatlichen Strukturen in Somalia seit 1991 nicht mit Anarchie gleichzusetzen ist. Im Laufe von über zwei Jahrzehnten „Staatszerfall“ haben sich vielerorts politische Herrschafts- und Ordnungsformen jenseits des Staates herausgebildet, die vor Ort effektiv und legitim sein können. An ihrer Spitze stehen Kriegsherren, islamische Gerichtshöfe, islamistische Milizen, traditionelle Autoritäten und Regierungen von *De-Facto*-Staaten und Regionalverwaltungen unterstützt von Mitgliedern der somalischen Diaspora und lokalen Geschäftsmännern und -frauen. Der alltägliche Aktionsradius dieser politischen Akteure ist im Wesentlichen lokal bis regional, dennoch spielen globale bzw. transnationale Vernetzungen für das Funktionieren der genannten Herrschafts- und Ordnungsformen eine wichtige Rolle. Die beiden staatsähnlichen Gebilde Somaliland und Puntland verfügen über ein relativ hohes Maß an interner Stabilität und Dauerhaftigkeit. Sie sind in sich komplex und basieren auf hybriden politischen Strukturen, innerhalb derer Macht stets neu verhandelt wird. Dadurch kommt es durchaus auch zu Rückschlägen hinsichtlich der internen Friedlichkeit (Renders & Terlinden 2010; Höhne 2011b). Andere Formen politischer Ordnung, wie die Kriegsherren-Figurationen, einige Regionalverwaltungen oder die Herrschaften der traditionellen Autoritäten sind stark an das persönliche Geschick (und die Lebenszeit) der individuellen Akteure gebunden. Sie sind deutlich instabiler und haben eine geringere Reichweite als die beiden staatsähnlichen Gebilde in Nordsomalia. Al Shabaab hat das Potenzial, stabile und überpersönliche Verwaltungsstrukturen zu etablieren, ist aber instabil, da sich die Bewegung fortwährend im Krieg mit der somalischen Übergangsregierung und deren Helfern befindet.

Generell kann man sagen, dass alle dargestellten Herrschafts- und Ordnungsformen jenseits des Staates über ein relativ hohes Maß an Legitimität innerhalb ihres politischen Kernlands verfügen. In allen Fällen außer im Fall von Al Shabaab ist das politische Kernland genealogisch bestimmt. Es ist das Gebiet, in dem die patrilinearen Verwandten der politischen Anführer wohnen oder, wie im Falle Somalilands, das Gebiet in dem die Befürworter der Sezession Somalilands leben; diese gehören mehrheitlich der Isaaq-Klanfamilie an. Dies entspricht der patrilinearen Logik, die in der somalischen Politik auch in der Postkolonialzeit eine wichtige Rolle spielt.

Jede Analyse der Lage Somalias muss das Abstammungsprinzip allerdings in Zusammenhang mit weiteren Faktoren, wie den Produktionsverhältnissen, der Rolle von Religion und den Generationenbeziehungen setzen (Zitelmann 2011: 52f). Mit der „Klanisierung“, die trotz gegenteiliger Rhetorik auch innerhalb der islamistischen Bewegungen eine Rolle spielt, geht die „radikale Lokalisierung“ von Politik in Somalia seit 1991 einher (Menkhaus 1998: 223), die zu einem gewissen Maß an Transparenz, Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht der jeweils Mächtigen gegenüber ihren Anhängern vor Ort führen kann. Damit erfüllen die Akteure jenseits des Staates zumindest auf lokaler Ebene einige Kriterien, die im deutschen und internationalen entwicklungspolitischen Diskurs eine große Rolle spielen (BMZ 2011: 6; UNHCR 2007). Der *De-Facto*-Staat Somaliland, und in einem geringeren Maße Puntland, erfüllen zudem die Kriterien von interner Friedlichkeit und (laufenden) demokratischen Reformen. Diese Erfolge werden aktuell allerdings durch interne Misswirtschaft und, bezogen auf Somaliland, die Gewalteskalation in den östlichen Peripherien des Gebildes bedroht.

Ein Vergleich interner und externer politischer Dynamiken seit 1991 legt nahe, dass die meisten Herrschafts- und Ordnungsformen jenseits des Staates in Somalia in vielerlei Hinsicht „besser“ (im Sinne von: friedlicher, transparenter und verantwortlicher) für die Menschen sind als das, was mittels politischer und militärischer Interventionen von außen erreicht wurde. Lange Zeit haben externe Akteure inklusive der UN entweder auf die Kriegsherren als die „starken Männer“ in Somalia gesetzt oder gleich massiv fremde Truppen ins Land geschickt, die mit Gewalt Ordnung schaffen sollten. Beides hat regelmäßig zu Konflikteskalationen mit vielen Toten unter der somalischen Zivilbevölkerung geführt (Grosse-Kettler 2004; Menkhaus 2007b). Somaliland und Puntland wurden in den 1990er Jahren weitgehend ignoriert, da sie nicht mit dem zentralstaatlichen Ansatz der internationalen Gemeinschaft konform gingen. Es scheint, dass gerade diese Ignoranz und die damit zusammenhängende Abwesenheit massiver Interventionen in Nordsomalia den Wiederaufbau stabiler politischer Ordnungen in Somaliland und Puntland ermöglichten. Diese beiden staatsähnlichen Gebilde integrieren traditionelle Autoritäten, die vor allem für die Friedenswahrung in den jeweiligen politischen Gemeinschaften zuständig sind. Diese Art der hybriden Ordnung ist eine Säule der Stabilität in beiden politischen Gebilden, auch wenn die Integration traditioneller Autoritäten in staatliche Strukturen nicht immer reibungslos verläuft und letztlich häufig zu einem Legitimitätsverlust der vom Staat vereinnahmten Ältesten führt (Höhne 2007; 2011b). Erst in jüngerer Zeit, ab Anfang der 2000er Jahre, erregen Somaliland und Puntland zunehmend internationale Aufmerksamkeit und profitieren von

(immer noch relativ zurückhaltender) bilateraler und multilateraler Hilfe und Zusammenarbeit, allerdings immer ohne internationale Anerkennung. Paradoxerweise führt gerade der relative Aufschwung in diesen Gebilden auf Grund von Verteilungsgerechtigkeiten und mangelnder politischer Abstimmung zu neuen Konflikten.

Der problematischste Akteur für die internationale Gemeinschaft, zumindest für die „westlichen“ Staaten und die Nachbarn Somalias, sind die Islamisten. Hier ist festzustellen, dass nicht alle somalischen Islamisten eine militärische Strategie verfolgen. Die Schari'a-Gerichtshöfe agierten lange Zeit friedlich und genossen ein hohes Maß an Legitimität im lokalen Kontext. Erst im Zuge der *Counter-Terrorism*-Einsätze lokaler Kriegsherren, die von Washington und Addis Abeba orchestriert wurden, kam es zu einer Militarisierung größerer Teile des islamistischen Spektrums in Somalia. Dies führte direkt in neue Gewalt und massive Menschenrechtsverletzungen in weiten Teilen Süd- und Zentralsomalias ab 2006 und zeigt das destruktive Potenzial eines fehlgeleiteten politischen und militärischen Engagements von außen.

Einige Aspekte der in diesem Text vorgestellten *bottom-up*-Prozesse der Herausbildung von Herrschaft und politischer Ordnung jenseits des Staates in Somalia mögen vielen Vertretern der internationalen Staatengemeinschaft unakzeptabel erscheinen. Man muss also abwägen, ob man in langwierigen und offenen Prozessen die Bildung neuer politischer Ordnungen zulassen will und kann (Reno 2008), oder ob man mit hohen finanziellen Kosten und unter Inkaufnahme neuer Gewalteskalation Stückwerk von außen befördern will, das letztlich nicht zu legitimen Regierungsformen und Frieden führt. Allerdings muss man sich im Klaren sein, dass ein militärischer Rückzug aus Somalia, den der Autor dieser Zeilen grundsätzlich befürworten würde und den jüngst auch Wolfram Lacher, Dennis Tull und Annette Weber (2011: 6f) als *eine* Option der internationalen Politik in Bezug auf Somalia vorgeschlagen haben, nicht sinnvoll ist, solange Somalia zwar von offiziellen Interventionen frei ist, aber weiterhin von versteckten Interventionen und Manipulationen, besonders von Seiten der USA, Äthiopiens, Eritreas und Kenias, geplagt wird. Das Problem am Staatszerfall Somalias ist in dieser Sicht nicht so sehr, dass es im Inneren keine Regierung und somit keine Ordnung gibt – das ist ja, wie in diesem Artikel ausgeführt, nicht der Fall – sondern, dass in einer Welt von Staaten als den militärisch-politischen Hauptakteuren kein Souverän in Somalia existiert, der die Rechte des Landes und seiner Bevölkerung glaubwürdig kommunizieren und verteidigen kann. Die Schaffung einer legitimen Regierung „von oben“ (*top-down*) hat sich in Somalia als unmöglich erwiesen.

Literatur

- Abdullahi, S. Abdinoor (2007): *Constructing Education in a Stateless Society: the Case of omalia*. Unveröffentlichte Dissertation, Ohio University.
- Abdurahman, M. Abdullahi Baadiyow (2010): „Women, Islamists and the Military Regime in Somalia: The New Family Law and its Implications“. In: Höhne & Luling 2010, S. 137-160.
- AI – Amnesty International (2008): *Routinely Targeted: Attacks on Civilians in Somalia*. <http://www.amnesty.org/en/library/asset/AFR52/006/2008/en/1162a792-186e-11dd-92b4-6b0c2ef9d02f/af520062008eng.pdf>, letzter Aufruf: 22. 9. 2011.
- Bakonyi, Jutta (2011): *Land ohne Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Krieg am Beispiel Somalias*. Frankfurt a.M.
- Bakonyi, Jutta (2006): „Konturen der Gewaltordnung in Somalia“. In Bakonyi, Jutta; Stephan Hensell & Jens Siegelberg (Hg.): *Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart*. Baden Baden, S. 98-112.
- Bakonyi, Jutta, & Kirsti Stuvøy (2005): „Violence and Social Order Beyond the State: Somalia and Angola“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 104, Nr. 5, S. 359-382.
- Bachmann, Jan (2011): „Das US-Militärkommando AFRICOM und der neue Interventionismus zwischen Aufstandsbekämpfung, Stabilisierung und Entwicklung“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 122/123, S. 253-274.
- Barth, Fredrik (1996 [1959]): *Political Leadership among Swat Pathans*. London.
- Baumann, Marcel M. & Reinhart Kößler (2011): „Von Kundus nach Camelot und zurück: militärische Indienstnahme der Entwicklung“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 122/123, S. 149-177.
- Bellagamba, Alice, & Georg Klute (Hg.) (2008): *Beside the State: Emergent Powers in Contemporary Africa*. Köln.
- Bliesemann de Guevara, Berit, & Florian Kühn (2010): *Illusion Statebuilding. Warum sich der westliche Staat so schwer exportieren lässt*. Hamburg.
- BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2011): *Menschenrechte in der deutschen Entwicklungspolitik*. BMZ-Strategiepapier 4/2011, http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier303_04_2011.pdf, letzter Aufruf: 22. 9. 2011.
- Boege, Volker; Anne Brown, Kevin Clemens & Anna Nolan (2008): *On Hybrid Political Orders and Emerging States: State Formation in the Context of 'Fragility'*. Berlin.
- Bollig, Michael (1999): „Afrikanische Kriegsherren – Überlegung zur Entstehung von Gewaltmärkten im präkolonialen und postkolonialen Afrika“. In Hahn, Hans Peter, & Gerd Spittler (Hg.): *Afrika und die Globalisierung*. Münster, S. 425-444.
- Bryden, Matt; Jörg Roofthoof; Ghassan Schbley & Babatunde Taiwo (2011): *Report of the Monitoring Group on Somalia and Eritrea 2011*. http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/2011/433, letzter Aufruf: 2. 12. 2011.
- Cassanelli, Lee V. (1982): *The Shaping of Somali Society. Reconstructing the History of a Pastoral People, 1600-1900*. Philadelphia, PA.
- Clapham, Christopher (2001): „Rethinking African States“. In: *African Security Review*, Bd. 10, Nr. 3, S. 7-16.
- Doornbos, Martin R. (2006): *Global Forces and State Restructuring. Dynamics of State Formation and Collapse*. London.
- Doornbos, Martin R. (1994): „State Formation and Collapse: Reflections on Identity and Power“. In: van Bakel, Martin; Renée Hagesteijn & Pieter van de Velde (Hg.): *Pivot Politics: Changing Cultural Identities in Early State Formation Processes*. Amsterdam, S. 281-295.
- Egal, Mohamed Haji I. (1968): „Somalia: Nomadic Individualism and the Rule of Law“. In: *African Affairs*, Bd. 67, Nr. 268, S. 219-226.

- Elwert, Georg (1997): „Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt“. In von Trotha, Trutz (Hg.): *Soziologie der Gewalt. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 37*, S. 86-101.
- Farah, Ahmed Yusuf (2001): „Somalia: Modern History and the End of the 1990s“. In: WSP – War-Torn Societies Project (Hg.): *Rebuilding Somalia: Issues and Possibilities for Puntland*. London, S. 7-29.
- Grosse-Kettler, Sabrina (2004): *External Actors in Stateless Somalia A War Economy and its Promoters*. BICC paper, Nr. 39, <http://www.bicc.de/uploads/pdf/publications/papers/paper39/paper39.pdf>, letzter Aufruf: 4. 4. 2012.
- Gundel, Joakim (2006): *The Predicament of the 'Oday': The Role of Traditional Structures in Security, Rights, Law and Development in Somalia*. Nairobi.
- Hagmann, Tobias (2005): „From State Collapse to Duty-Free Shop: Somalia's Path to Modernity (Review Article)“. In: *African Affairs*, Bd. 104, Nr. 416, S. 525-535.
- Hagmann, Tobias, & Markus V. Höhne (2009): „Failures of the State Failure Debate: Evidence from the Somali Territories“. In: *Journal of International Development*, Bd. 21, Nr. 1, S. 42-57.
- Harper, Mary (2012): *Getting Somalia Wrong again? Faith, War and Hope in a Shattered State*. London & New York, NY
- Herrmann, Ron H. (1997): *Der kriegsrische Konflikt in Somalia und die internationale Intervention 1992 bis 1995: Eine entwicklungsgenetische und multidimensionale Analyse*. Frankfurt a.M. & New York, NY.
- Höhne, Markus V. (2011a): „Somalia zwischen Bürgerkrieg und Hungerkatastrophe“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 9/2011, S. 21-24.
- Höhne, Markus V. (2011b): *No Easy Way out: Traditional Authorities in Somaliland and the Limits of Hybrid Political Orders*. DIIS Worling Paper 18/2011, <http://www.diis.dk/graphics/Publications/WP2011/DIIS%20WP%202011-18.sk%E6rm.pdf>, letzter Aufruf: 14. 5. 2012.
- Höhne, Markus V. (2010): „Diasporisches Handeln in Bürgerkrieg und Wiederaufbau: Beispiele aus Somalia und Somaliland“. In: *Friedens-Warte*, Bd. 85, Nr. 1-2, S. 83-103.
- Höhne, Markus V. (2009a): „Mimesis and Mimicry in Dynamics of State and Identity Formation in Northern Somalia“. In: *Africa*, Bd. 79, Nr. 2, S. 252-281.
- Höhne, Markus V. (2009b): *Counter-Terrorism in Somalia, or: How External Interferences Helped to Produce Militant Islamism*. <http://hornofafrica.ssrc.org/somalia/>, letzter Aufruf: 22. 9. 2011.
- Höhne, Markus V. (2008): „Newspapers in Hargeysa: Freedom of Speech in Post-Conflict Somaliland“. In: *Africa Spectrum*, Bd. 43, Nr. 1, S. 91-114.
- Höhne, Markus V. (2007): „From Pastoral to State Politics: Traditional Authorities in Northern Somalia“. In: Buur, Lars, & Helene M. Kyed (Hg.): *State Recognition and Democratization in Sub-Saharan Africa: A New Dawn for Traditional Authorities?* New York, NY, S. 155-182.
- Höhne, Markus V. (2002): *Somalia zwischen Krieg und Frieden. Strategien der friedlichen Konfliktaustragung auf internationaler und lokaler Ebene*. Hamburg.
- Höhne, Markus V., & Virginia Luling (Hg.) (2010): *Milk and Peace, Drought and War: Somali Culture, Society and Politics*. London.
- HRW – Human Rights Watch (2010): *Harsh War, Harsh Peace: Abuses by al-Shabaab, the Transitional Federal Government, and AMISOM in Somalia*. http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia0410webwcover_0.pdf, letzter Aufruf: 2. 12. 2011.
- HRW – Human Rights Watch (2008): *So Much to Fear: War Crimes and the Devastation of Somalia*. <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia1208web.pdf>, letzter Aufruf: 22. 9. 2011.

- HRW – Human Rights Watch (2007): *Shell-Shocked. Civilians under siege in Mogadishu*. <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia0807webwcover.pdf>, letzter Aufruf: 22. 9. 2011.
- Ibrahim, Mohamed Hassan (2010): *Somaliland's Investment in Peace: Analysing the Diaspora's Economic Engagement in Peace Building*. Diaspeace Working Paper, Nr. 4, http://www.diaspeace.org/D12_Mohamed_APD.pdf, letzter Aufruf: 13. 9. 2010.
- ICG – International Crisis Group (2005a): *Somalia's Islamists*. Africa Report, Nr. 100 (12. 12. 2005).
- ICG – International Crisis Group (2005b): *Counter-Terrorism in Somalia: Losing Hearts and Minds?* Africa Report, Nr. 95 (11. 7. 2005).
- Issa-Salwe, Abdissalam M. (2006): „The Internet and the Somali Diaspora: The Web as a Means of Expression“. In: *Bildhaan*, Bd. 6, S. 54-67.
- Jabril, Ibrahim Abdulle (2008): „Somalia: Zivilgesellschaft ohne Staat“. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Somalia: Alte Konflikte und neue Chancen zur Staatsbildung*. Berlin, S. 78-98.
- Janssen, Volker (1992): „Monopolmechanismus und ‘Transkontinuität’ in Äthiopien“. In: Meyer, Hansgünter (Hg.): *Soziologen-Tag Leipzig 1991: Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme*. Berlin, S. 1493-1500.
- Kfir, Isaac (2008): „Islamic radicalism in East Africa: Is there a cause for concern?“. In: *Studies in Conflict and Terrorism*, Bd. 31, Nr. 9, S. 829-855.
- Lacher, Wolfram; Dennis Tull & Annette Weber (2011): *Zeit für eine neue Somaliapolitik*. SWP aktuell, Nr. 55.
- Langford, Tonya (1999): „Things Fall Apart: State Failure and the Politics of Intervention“. In: *International Studies Review*, Bd. 1, Nr. 1, S. 59-79.
- Le Sage, Andre (2010): „Somalia's endless transition: Breaking the deadlock“. In: *Strategic Forum*, Nr. 257, S. 1-7.
- Le Sage, Andre (2005): *Stateless Justice in Somalia. Formal and Informal Rule of Law Initiatives*. Lausanne.
- Le Sage, Andre (2004): *Somalia and the War on Terrorism: Political Islamic Movements and US Counter Terrorism Efforts*. Unveröffentlichte Dissertation, Cambridge.
- Lewis, Ioan M. (2002): *A Modern History of the Somali: Nation and State in the Horn of Africa*. Oxford.
- Lewis, Ioan M. (1994): *Blood and Bone. The Call of Kinship in Somali Society*. Lawrenceville, GA.
- Lewis, Ioan M. (1961): *A Pastoral Democracy. A Study of Pastoralism and Politics among the Northern Somali of the Horn of Africa*. Oxford.
- Lewis, Ioan M. (1955): „Sufism in Somaliland: A Study of Tribal Islam I“. In: *Bulletin of the School of Oriental and African Studies*, Bd. 17, Nr. 3, S. 581-602.
- Little, Peter (2003): *Somalia: Economy without State*. Oxford.
- Marchal, Roland (2011): *The Rise of a Jihadi Movement in a Country at War. Harakat Al-Shabaab Al Mujaheddin in Somalia*. <http://www.ceri-sciencespo.com/ressource/shabaab.pdf>, letzter Aufruf: 22. 9. 2011.
- Marchal, Roland (2009): „A Tentative Assessment of the Somali Harakat Al-Shabaab“. In: *Journal of Eastern African Studies*, Bd. 3, Nr. 3, S. 381-404.
- Marchal, Roland (2007a): „Warlordism and Terrorism: How to Obscure an Already Confusing Crisis? The Case of Somalia“. In: *International Affairs*, Bd. 83, Nr. 6, S. 1091-1106.
- Marchal, Roland (2007b): *Somalia: A New Front against Terrorism*. <http://hornofafrica.ssrc.org/marchal/printable.html>, letzter Aufruf: 17. 12. 2009.
- Marchal, Roland (2004): „Islamic Political Dynamics in the Somali Civil War“. In: de Waal, Alex (Hg.): *Islamism and its Enemies in the Horn of Africa*. London, S. 114-145.

- Marchal, Roland (1996): *The Post Civil War Somali Business Class*. Report to European Commission – Somalia Unit.
- Marchal, Roland (1993): „Les mooryaan de Mogadiscio. Formes de la violence dans un espace urbain en guerre“. In: *Cahiers d'études africaines*, Bd. 33, Nr. 2, S. 295-320.
- Matthies, Volker (2010): „Piraten vor Somalias Küsten: Kanonenbootdiplomatie oder Friedenspolitik?“. In: Luedtke, Ralph-M., & Peter Strutynski (Hg.): *Kapitalismus, Krise und Krieg: Den Kreislauf durchbrechen*. Kassel, S. 68-85.
- Matthies, Volker (1977): *Der Grenzkonflikt Somalias mit Äthiopien und Kenia. Analyse eines zwischenstaatlichen Konflikts in der Dritten Welt*. Hamburg.
- Menkhaus, Ken (2009): *Violent Islamic extremism: Al-Shabaab recruitment in America*. Hearing before the Committee on Homeland Security and Governmental Affairs, USA, 11. 3. 2009.
- Menkhaus, Ken (2007a): „Local security systems in Somali East Africa“. In: Andersen, Lisa; Bjørn Møller. & Finn Stepputat (Hg.): *Fragile States and Insecure People? Violence, Security and Statehood in the Twenty-First Century*. New York, NY, S. 67-99.
- Menkhaus, Ken (2007b): „The Crisis in Somalia: Tragedy in Five Acts“. In: *African Affairs*, Bd. 106, Nr. 204, S. 357-390.
- Menkhaus, Ken (2006/2007): „Governance without Government in Somalia. Spoilers, State Building, and the Politics of Coping“. In: *International Security*, Bd. 31, Nr. 3, S. 74-106.
- Menkhaus, Ken (1998): „Somalia: Political Order in a Stateless Society“. In: *Current History*, Bd. 97, Nr. 619, S. 220-224.
- Menkhaus, Ken; Hassan Sheikh; Shane Quinn & Ibrahim Farah (2010): „Somali Civil Society: Peace-Building in a Collapsed State“. In: Paffenholz, Thania (Hg.): *Civil Society and Peace-Building: A Critical Assessment*. Boulder, CO, S. 321-350.
- UNHCR – Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (2007): *Good Governance Practices for the Protection of Human Rights*. <http://www.ohchr.org/Documents/Publications/GoodGovernance.pdf>, letzter Aufruf: 22. 9. 2011.
- Pegg, Scott (1998): *International Society and the De Facto State*. Aldershot.
- Prunier, Gerard (2010): „Benign Neglect versus La Grande Somalia: the Colonial Legacy and the Post-Colonial Somali State“. In: Höhne & Luling 2010, S. 35-49.
- Renders, Marleen (2007): „Appropriate ‘Governance-Technology’? Somali Clan Elders and Institutions in the Making of the Republic of Somaliland“. In: *Africa Spectrum*, Bd. 42, Nr. 3, S. 439-459.
- Renders, Marleen (2006): *Traditional Leaders and Institutions in the Building of the Muslim Republic of Somaliland*. Unveröffentlichte Dissertation, University of Ghent.
- Renders, Marleen, & Ulf Terlinden (2010): „Negotiating Statehood in a Hybrid Political Order: The Case of Somaliland“. In: *Development and Change*, Bd. 41, Nr. 4, S. 723-746.
- Reno, William (2008): „Bottom-up Statebuilding?“. In Carr, Charles T. (Hg.): *Building States to Build Peace*. Boulder, CO, S. 143-161.
- Reno, William (2003): *Somalia and Survival in the Shadow of the Global Economy*. Queen Elisabeth House Working Paper, Nr. 100, Oxford.
- Rogan, Hanna (2007): „Abu Reuter and the E-Jihad: Virtual Battlefields from Iraq to the Horn of Africa“. In: *Culture and Society*, Sommer/Herbst, S. 89-96.
- Rosenau, James N. (1992): „Governance, Order, and Change in World Politics“. In: ders. & Ernst-Otto Czempiel (Hg.): *Governance without Government: Order and Change in World Politics*. Cambridge, S. 1-29.
- Schlee, Günther (2006): „The Somali Peace Process and the search for a legal order“. In: Albrecht, Hans-Jörg; Jan-Michael Simon; Hassan Rezaei; Holger-C. Rohne & Ernesto Kiza (Hg.): *Conflicts and Conflict Resolution in Middle Eastern Societies – Between Tradition and Modernity*. Berlin, S. 117-167.

- Schlee, Günther (1996): „Regelmäßigkeiten im Chaos: Die Suche nach wiederkehrenden Mustern in der jüngeren Geschichte Somalias“. In: ders. & Karin Werner (Hg.): *Inklusion und Exklusion: Die Dynamik von Grenzbeziehungen im Spannungsfeld von Markt, Staat und Ethnizität*. Köln, S. 133-159.
- Schneckener, Ulrich (2011): „Von Westfalia zu Westfailure: Krise und Zukunft globaler Ordnungspolitik“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 9/2011, S. 81-92.
- Taarby, Michael, & Lars Hallunbaek (2010): *Al Shabaab: The Internationalization of Militant Islamism in Somalia and the Implications for Radicalisation Processes in Europe*. http://www.justitsministeriet.dk/fileadmin/downloads/Forskning_og_dokumentation/Forskningspulje/Taarby-rapport.pdf, letzter Aufruf: 30. 11. 2010.
- Trimingham, J. Spencer (1952): *Islam in Ethiopia*. London.
- von Trotha, Trutz (2001): „Die Zukunft liegt in Afrika. Vom Zerfall des Staates, von der Vorherrschaft der konzentrischen Ordnung und vom Aufstieg der Parastaatlichkeit“. In: *Maecenata Aktuell*, Nr. 29, S. 4-26.
- Walls, Michael (2009): „The Emergence of a Somali State: Building Peace from Civil War in Somaliland“. In: *African Affairs*, Bd. 108, Nr. 432, S. 371-389.
- Weber, Max (1964): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Bde. I & II, Köln & Berlin.
- Willke, Helmut (2006): *Global Governance*. Bielefeld.
- Wittrock, Philipp (2006): *Aufmarsch der neuen Taliban*. SpiegelOnline, 7. 6. 2006, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,420126,00.html>, letzter Aufruf: 2. 12. 2011.
- Zitlmann, Thomas (2011): „Soziale Strukturen, Organisationsformen und Konfliktverhalten unter Somali“. In: Feichtinger, Walter, & Gerald Hainzl (Hg.): *Somalia: Optionen – Chancen – Stolpersteine*, Wien, S. 29-53.

Anschrift des Autors:

Markus V. Höhne

mhoehne@eth.mpg.de



331

iz3w ◀

Koloniale Sammelwut – Die Restitution geraubter Gebeine

Außerdem: ▶ Religionskritik in Tunesien ▶ Jugendmilizen in Simbabwe ▶ Reformen in Burma ▶ Uranabbau in Namibia...

52 Seiten, € 5,30 + Porto

[auch als PDF-Download](#)

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd